Kein Platz für eine linke Partei in den USA? : Zu Bernie Sanders Politik und den Wahlverhältnissen in den USA

Autor(en): **Berger, Roman**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **110 (2016)**

Heft 10

PDF erstellt am: **02.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-632333

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Roman Berger

Kein Platz für eine linke Partei in den USA?

Zu Bernie Sanders Politik und den Wahlverhältnissen in den USA

Wie demokratisch sind die USA? Die Wahlkampagne des demokratischen Sozialisten Bernie Sanders für die US-Präsidentschaft hat grundsätzliche Fragen aufgeworfen.

Das Treffen der Demokratischen Sozialisten der USA fand in einem Holiday Inn in der Nähe des Flughafens der Ölmetropole Houston statt. Und als Höhepunkt der Tagung sangen die rund dreihundert Delegierten die Internationale. Als Ausklang nach einem Dinner mit Roastbeef, gebackenen Kartoffeln und Apfelkuchen.

In einem Bericht des *Tages-Anzeigers* vom 23. März 1979 über diese Tagung zitierte ich als damaliger USA-Korrespondent den deutschen Soziologen Werner Sombart. Er behauptete in einer bekannten Studie *Warum gibt es keinen Sozialismus in Amerika?* von 1906, dass alle sozialistischen Utopien in den USA an «Roastbeef und Apfelkuchen» gescheitert seien. Das blosse Vorhandensein des Reichtums, so Sombart, und der amerikanische Traum, jedeR könne reich werden, seien Ventile gewesen, die in Europa nie existiert hätten und erklärten, warum es in den USA keine linke Partei gebe.

US-amerikanische Realitäten

Sombarts «Roastbeef und Apfelkuchen»-These stimmte aber nicht mit den Realitäten der USA überein. Das musste Präsident Franklyn Roosevelt erfahren, der nach der grossen Weltwirtschaftskrise gezwungen war, mit dem New Deal als umfassende Wirtschafts- und Sozialreformen gegen einen aus dem Ruder laufenden US-amerikanischen Kapitalismus anzukämpfen. Klartext sprach Roosevelt im Präsidentschaftswahlkampf 1936 im New Yorker Madison Square Garden: «Wirtschafts- und Finanzmonopole, Spekulation, rücksichtslose Bankpraktiken haben begonnen, die Regierung der Vereinigten Staaten als blosses Anhängsel ihrer eigenen Geschäfte zu betrachten.»

Rund dreissig Jahre später war Präsident Lyndon Johnson erneut mit den US-amerikanischen Realitäten konfrontiert. Er hatte das damals Aufsehen erregende Buch *Das andere Amerika* (1962)

Linke Politik in den USA

Amerikanische Gier, von Taylor Callery.

gelesen, in dem erstmals die weit verbreitete Armut in den USA dargestellt worden war. Johnson rief zu einem «Krieg gegen die Armut» auf. Verfasst hatte die Studie Michael Harrington. Der aus der katholischen Arbeiterbewegung Irlands stammende Intellektuelle war langjähriger Vorsitzender der Demokratischen Sozialisten, einer Kerngruppe von Kadern und AktivistInnen aus den Gewerkschaften, der Frauenrechtsbewegung, von Umweltschutzorganisationen und den Minderheiten. «Das sind Gruppen», so Harrington in einem Gespräch anlässlich der Tagung in Houston, «die das grösste Potenzial für eine sozialistische Bewegung in den USA bilden.»

Und heute taucht im Lager der gleichen Demokratischen Partei plötzlich ein Bernie Sanders auf. Der 74-jährige Senator aus dem kleinen Bundesstaat Vermont bekennt sich wie Harrington zum Demokratischen Sozialismus. Auch Sanders ist überzeugt, dass SozialistInnen in den USA nicht einfach zu Stimmen in der Wüste und zum «Warten auf die Revolution» verurteilt sind.

Sanders ist kein Salonsozialist

Sanders ist kein charismatischer Redner. Er zitiert trockene Statistiken, sprach während der Kampagne damit aber Millionen von US-AmerikanerInnen an, die in den vergangenen zwanzig Jahren vom Wirtschaftswachstum nichts abbekommen haben – obwohl sie oft zwei bis drei Jobs annehmen und ihre Rechnungen trotzdem nicht bezahlen können.

Sanders ist auch kein Salonsozialist. Seine politische Überzeugung wirkt echt, weil sie mit seiner Biografie übereinstimmt: Sein Vater emigrierte mit siebzehn Jahren aus Polen, ohne Geld und Ausbildung. Mit den Eltern und einem Bruder wuchs Bernie Sanders in einer kleinen Wohnung im New Yorker Stadtteil Brooklyn als Arbeiterkind auf.

Sanders protestierte gegen den Vietnamkrieg und gegen die Intervention der US-Regierung im Bürgerkrieg von Nicaragua. Er besuchte Kuba und 1988 die damals noch existierende Sowjetunion, um eine Städtepartnerschaft zwischen Jaroslawl und Burlington einzufädeln, dessen Bürgermeister er während drei Jahrzehnten war. 1990 wurde Sanders als Parteiloser in das Repräsentantenhaus und 2007 als Unabhängiger in den Senat gewählt. Erst 2015, nach seiner Bewerbung für das Präsidentenamt, trat Sanders der Demokratischen Partei bei.

Parteien als Wahlmaschinen

Bernie Sanders verhielt sich wie Millionen von US-BürgerInnen, die sich vor den Wahlen als Demokraten oder Repu-

blikaner registrieren liessen und lassen, weil sie an der Auswahl der PräsidentschaftskandidatInnen teilnehmen wollen. Im Unterschied zu Europa sind die Parteien in den USA nicht Instrumente der politischen Willensbildung des Volkes, sondern sogenannte Wahlmaschinen: Ihre Aufgabe ist es, die BürgerInnen zu den Wahlen zu bringen.

Das politische System der USA ist auf zwei grosse Parteien fixiert. Ein kompliziertes, unübersichtliches Wahlprozedere sichert deren Vorherrschaft. Kandidaten von Drittparteien wie der Konsumentenschützer Ralph Nader, Barry Commoner, Grüne oder Libertäre hatten nie eine Chance. Deshalb wählten sowohl Donald Trump wie Bernie Sanders den Marsch durch ihre Parteien.

Oligarchisierung der US-Politik

Die politische Beteiligung in den USA ist ein Minderheitenphänomen. Seit dem 19. Jahrhundert sinkt die Wahlbeteiligung. In den vergangenen Jahrzehnten hat sie sich bei etwa 55 Prozent für Präsidentschaftswahlen und 40 Prozent für Zwischenwahlen eingependelt. Die Zufriedenheit mit der Arbeit des Parlaments (Kongress) liegt seit Jahrzehnten deutlich unter 40 Prozent. In vielen Teilstaaten kämpfen Minderheiten und BürgerInnen mit tiefem Einkommen weiterhin um ihr Wahlrecht.

Die Dominanz weniger KandidatInnen mit den finanziellen Mitteln eines Trumps, der Unterstützung der rechtsextremen Brüder Koch oder der Familie Clinton ist in US-amerikanischen Wahlkämpfen zum Normalfall geworden. Nur superreiche US-AmerikanerInnen sind in der Lage, sich in der medialen Aufmerksamkeitsökonomie zu behaupten. Zugleich sind sie in gefährlichem Masse abhängig von der Gunst ihrer Sponsoren, die politische Abweichungen sofort mit dem Entzug von Wahlkampfspenden bestrafen können.

Die FunktionärInnen beider Parteien haben die Kontrolle über die Auswahl der KandidatInnen sowie über deren Finanzmittel verloren. Die Parteien sind nur noch Identifikationsplattformen für einzelne Kandidierende, die sich unter dem Schirm unverbindlicher Grundsatzerklärungen zusammenfinden. In Wirklichkeit hat eine «Oligarchisierung» der US-amerikanischen Politik stattgefunden. Auch die Demokratische Partei ist nicht mehr Roosevelts Party of the People. Die Präsidenten Jimmy Carter und Bill Clinton, aber auch Barack Obama haben alles getan, um die Demokraten zur Partei der neuen Managerklasse und Technologie-Eliten zu machen.

Sanders dezidiert linke Politik

Sanders Vision war die Neujustierung der Politik zugunsten der Mittel- und Unterschicht, die seit den 1970er-Jahren an Einfluss und sozialer Mobilität eingebüsst hat. Viele seiner Wahlkampfversprechen – eine öffentliche Gesundheitsvorsorge, ein staatlich finanziertes Bildungssystem und eine stärkere Regulierung der Finanzwirtschaft – sorgten deshalb für Aufsehen, weil sie nach Jahrzehnten der politischen Marginalisierung in den USA aufgrund gesellschaftlicher sowie wirtschaftlicher Entwicklungen wieder salonfähig geworden sind.

Sanders habe nicht die demokratische Partei nach links gerückt, sondern gleich eine ganze Generation, meint John Della Volpe von der Universität Harvard in einer Studie. Sanders Botschaft kommt bei den zwischen 1980 und 1999 Geborenen besonders gut an. Im Unterschied zu ihren Eltern und Grosseltern erinnert sie der Begriff des Sozialismus nicht mehr an den Kalten Krieg. Die wachsende Ungleichheit zwischen denen an der Spitze und dem Rest des Landes, die Nachwehen der Finanzkrise von 2008 und ein Bildungswesen, bei dem der vermeintliche Aufstieg nur mit hohen Schulden erkauft werden kann, sind für diese jüngere Generation inakzeptabel.

In einer Umfrage der Harvard Uni-

versität geben 51 Prozent der befragten JungwählerInnen an, den Kapitalismus abzulehnen. Nur 42 Prozent heissen ihn gut, und fast die Hälfte befürwortet ein sozialistisches System zumindest in Teilen. So betrachten sie eine gesundheitliche Grundversorgung, ausreichendes Essen und ein Haus als Grundrecht, für das im Notfall der Staat aufkommen solle.

Die Sanders-Kampagne hat also die neue US-amerikanische Linke weniger selber geschaffen als vielmehr offen gelegt, dass eine solche im Entstehen begriffen ist. Entscheidend ist jedoch viel eher die Frage, wer tatsächlich wählen geht. Eine tiefere Stimmbeteiligung bringt regelmässig einen Rechtsrutsch. Schon in den letzten Präsidentschaftswahlen stimmte nur gerade ein Fünftel der JungwählerInnen ab. Die anderen blieben zu Hause, weil sie sich mit den Programmen der beiden Parteien nicht identifizieren konnten. Dank der Begeisterung für Sanders bekennen sich 2016 deutlich mehr junge US-AmerikanerInnen zu der Demokratischen Partei als in den Jahren davor.

«Eines Tages haben die Armen nichts mehr zu Essen als die Reichen», von Gregory Auerbach.

Bändigung der Wall-Street-Wölfe

Sanders sieht den Einfluss des Geldes auf die US-amerikanische Politik als Grundübel, das erkläre, warum in diesem Land die Demokratie nicht mehr funktioniere. Für Sanders besteht ein Zusammenhang zwischen der ungleichen Einkommensverteilung und der Art der Wahlkampffinanzierung. Weil die Abgeordneten und SenatorInnen von Wall Street und starken Wirtschaftsinteressen finanziert würden, verabschiedeten sie Gesetze zugunsten der Superreichen und von Unternehmen.

Sanders fordert, dass die Demokratische Partei ihre politische Bestimmung, ihre *mission*, neu definieren sollte. Aber ist das möglich? Viele der DemokratInnen, die Wahlämter auf allen politischen Ebenen des Landes innehaben, sind bei ihren Wahlkämpfen von der Finanzierung durch ebendiese Eliten abhängig. Diese Nähe und Abhängigkeit haben die Demokratische Partei unfähig gemacht, eine Alternative zur herrschenden Version des US-amerikanischen Kapitalismus zu formulieren. Zu beobachten war dies etwa in Philadelphia, wo Hillary Clinton zur Präsidentschaftskandidatin gewählt worden ist. Offizielle Hauptsponsoren des Parteikongresses waren Businessriesen wie Comcast, AT&T und Chevron.

Gefordert: Zersplitterte Linke

Die bekannte amerikanische Politologin Jodi Dean versucht, der Krise aus linker Sicht auf den Grund zu gehen und redet den linken Splittergruppen ins Gewissen: «Parteien sind zu wichtig, um sie dem Zweiparteiensystem zu überlas-

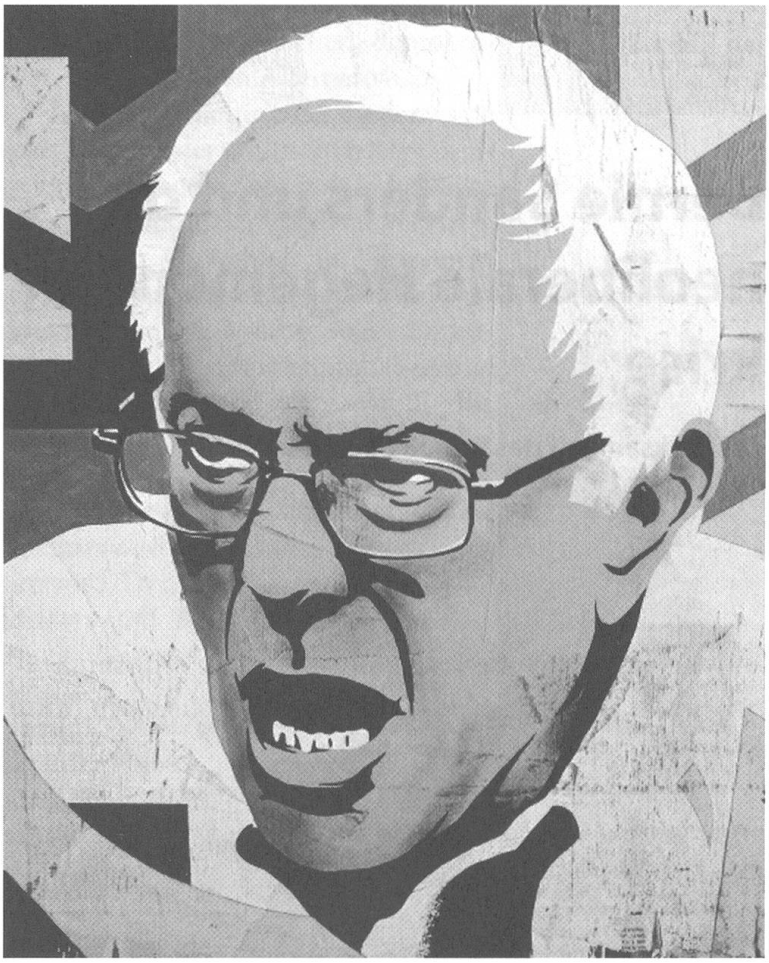
sen.» In ihrem Buch *Crowds and Party* (2016) erinnert sie an die Occupy-Bewegung, die 2011 als «Grassroots Bewegung» plötzlich aufgetaucht war – aber wieder verschwand, weil sie nicht fähig war, sich als Partei zu organisieren.

Und was passiert mit Bernie Sanders' «politischer Revolution»? Wird es dem demokratischen Sozialisten, der so viele *Crowds* hinter sich geschart hat, gelingen, auch nach seiner gescheiterten Präsidentschaftskandidatur eine Bewegung, ja eine Partei zu organisieren? Viele progressive US-AmerikanerInnen sind von Sanders enttäuscht, weil er der Demokratischen Partei beigetreten ist, die sie aber nicht unterstützen wollen. Andere jedoch glauben, mit Sanders könnten linke Kräfte die Demokratische Partei «besetzen» und damit die Partei als Ganzes nach links verschieben. Dies wiederum könnte aber zu einer Spaltung der Partei führen.

Krise der US-Gesellschaft

Der Aufstieg von Sanders und Trump offenbart eine tiefe Krise in der US-amerikanischen Gesellschaft, die von den Eliten ignoriert wurde. Sie konnten jenen AmerikanerInnen keine Antwort geben, die in Kentucky, Ohio oder Oregon leben und nicht mehr verstehen, was an der Wall Street, im Weissen Haus und in ihrem Land vor sich geht. Gibt es in den heutigen USA überhaupt Platz für eine linke Partei?

Michael Harrington sprach von «einer Linken, wie sie im amerikanischen Kontext möglich ist» («the left wing of the possible»). Bernie Sanders' Kampagne hat gezeigt, dass sich der politische Kontext der USA nach «links» verschoben hat. Das Land braucht eine «politische Revolution», wie Sanders glaubt. Und das sei mehr als nur «die nächsten Wahlen gewinnen». Es gelte, die Medien zu reformieren, damit die Bevölkerung endlich erfahre, was ihre Bedürfnisse und Rechte seien. «Und wenn 80 Prozent der Amerikaner als informierte Bürger wählen gehen, dann wird Washington sehr viel anders als die vom grossen Geld beeinflusste Hauptstadt aussehen.»



Bernie Sanders, von Taylor Callery.

Sind Sanders Forderungen nur romantische Visionen? Der demokratische Sozialist bezeichnet sich in seiner Autobiografie als «Outsider». Aber Sanders hat bewiesen, dass er auch als Outsider siegen kann. Zuerst als langjähriger Bürgermeister der selbsternannten Volksrepublik Burlington, dann als parteiloser Kongressabgeordneter und später als unabhängiger Senator. Nun hat der demokratische Sozialist auch dafür gesorgt, dass für eine jüngere Generation von US-AmerikanerInnen das Unwort Sozialismus nicht mehr ein Unwort ist – auch ohne Präsidentenamt. ●

*Roman Berger, *1940, ist Journalist und war während vieler Jahre Auslandkorrespondent für den Tages-Anzeiger. Er ist Mitglied der Redaktion der* Neuen Wege.

roman-berger@bluewin.ch